

Neue Westfälische vom 11.04.2015, S. 3

NRW erwartet deutlich mehr Asylbewerber

Flüchtlingsrat fordert konkrete Hilfe / Engpässe in Erstaufnahmeeinrichtungen

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
FLORIAN FITZNER

■ Düsseldorf. Vor dem zweiten landesweiten Flüchtlingsgipfel am Mittwoch hat Nordrhein-Westfalen an den Bund appelliert, die finanziellen Hilfen aufzustocken. Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) berief sich auf die wachsenden Asylbewerberzahlen. NRW hat im laufenden Jahr mit mindestens 60.000 neuen Asylanträgen zu rechnen – ein starker Anstieg.

2014 verbuchte das Bundesland noch rund 40.000 Erstanträge und mehr als 9.000 Folgeanträge. Jetzt hat sich die Bundesregierung vorsichtig bereit erklärt, mit den Bundesländern über eine höhere Beteiligung des Bundes an Kosten der Flüchtlingsunterbringung zu sprechen. Dieses Thema werde in den Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eine Rolle spielen, so eine Regierungssprecherin. Das Innenministerium verwies darauf, dass Bund und Länder 2014 eine „abschließende Regelung“

für die Jahre 2015 und 2016 erzielt hätten, derzufolge der Bund in beiden Jahren jeweils 500 Millionen Euro zuschießt.

Auf Kritik stößt die Erklärung beim Flüchtlingsrat NRW. Es handele sich lediglich um einen „einmaligen Zuschuss“, dem jede Berechnungsgrundlage fehle, sagte Geschäftsführerin Birgit Naujoks. Fast ein halbes Jahr nach dem ersten landesweiten Flüchtlingsgipfel müsse das Geld „endlich den Flüchtlingen zugutekommen“. Naujoks will die Zuweisungen an Bedingungen bei der Unterbringung knüpfen, „damit die Kommunen mit dem Geld nicht ihre Haushalte sanieren“.

Unterdessen mahnt die CDU-Landtagsfraktion die Einhaltung bereits beschlossener Ziele an. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andre Kuper drangte darauf, die rot-grüne Landesregierung „in die Pflicht zu nehmen“, sonst bleibe die häufig zitierte „Willkommenskultur“ eine Worthülse. Die CDU sieht noch viele ausstehende Beschlüsse. So reiche der Beitrag der Landesregierung für eine angemessene Unterbringung und humanitä-

ZAHLEN FÜR OWL	
	1. Quartal 2015
Bielefeld	328
Kreis Gütersloh	414
Kreis Herford	346
Kreis Höxter	212
Kreis Lippe	325
Kreis Minden-Lübbecke	421
Kreis Paderborn	429
Reg. Bezirk Detmold	2475

re Versorgung von Asylbewerbern nicht aus, sagte Kuper. Im ersten Quartal 2015 nahm NRW nach Angaben der CDU fast 22.000 Flüchtlinge auf. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Anstieg um 172 Prozent.

In den 19 Erstaufnahmeeinrichtungen herrschen erhebliche Engpässe. So seien zuletzt Tausende von Flüchtlingen unregistriert und ohne die obligatorische Röntgenuntersuchung auf die Kommunen verteilt worden, beklagte Kuper. Das Beschwerdemanagement in den Aufnahmeeinrichtungen

stehe bislang nur als schriftliches Konzept. Der Umbau der vereinbarten „Task Force“ für Flüchtlinge zu einem „mobilen Qualitätskontrollteam“ bleibe eine Absichtserklärung.

Der Flüchtlingsrat NRW sieht alle politischen Akteure in der Pflicht, um die Ziele voranzutreiben. „Es sollten in allen Landeseinrichtungen Beschwerdestellen entstehen“, erklärte Naujoks. Da einigen jedoch Verfahrensberatungsstellen fehlten, habe der Prozess. Ebenfalls als schwierig schätzt Naujoks die angekündigte Ansiedlung eines zentralen Beschwerdemanagers beim Flüchtlingsrat ein. Weil die Befugnisse abgestimmt werden müssten, „können wir die Stelle noch nicht einrichten“.

Auch die FDP-Fraktion kritisierte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Angesichts der Nöte, denen Flüchtlinge, Kommunen und ehrenamtliche Helfer ausgesetzt seien, dürfe sie „nicht den Anschein vermitteln, dass dieser Gipfel nur ein lastiger Pflichttermin ist“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Joachim Stamp.